

Der Renten-Rebell

DDR-ZUSATZVERSORGUNG Seit Jahrzehnten setzt sich Klaus-Dieter Weißenborn aus Halle für benachteiligte Ost-Pensionäre ein. Nun legt der Bund einen Härtefallfonds auf. Doch Weißenborn sagt: Das reicht nicht.

VON ALEXANDER SCHIERHOLZ

„Sein Rentenbescheid? „Moment, den hab' ich griffbereit“, sagt Klaus-Dieter Weißenborn am Telefon. Er kramt ein wenig, es raschelt. „Hier ist er.“ Vorher hat Weißenborn (80) schon reichlich Unterlagen per Mail geschickt: einen Appell an die Bundesregierung. Eine Erklärung seines „Runden Tisches Rentengerechtigkeit“. Einen chronologischen Abriss. Und und und.

Der alte Herr aus Halle ist immer bestens vorbereitet. Seit Jahrzehnten kämpft der promovierte Chemiker im Ruhestand dafür, dass bestimmte Gruppen ostdeutscher Pensionärinnen und Pensionäre endlich mehr Rente bekommen. Konkret geht es um 17 Personen- und Berufsgruppen. Angehörige dieser Gruppen fordern einen Ausgleich für zu DDR-Zeiten erworbene Zusatzversorgungsansprüche, die bei der Rentenüberleitung in bundesdeutsches Recht kassiert worden waren. Einige von ihnen haben den erwähnten „Runden Tisch“ gegründet, der nach eigenen Angaben 500.000 Betroffene vertritt. Weißenborn ist einer der beiden Sprecher der Initiative.

Gerade hat er wieder besonders viel zu tun – und allen Grund zur Empörung. Vor kurzem hat das Bundeskabinett beschlossen, einen Härtefallfonds einzurichten für jene DDR-Berufsgruppen, deren Zusatzrentenansprüche nach der Wiedervereinigung durch den Rost gefallen waren. Auch jüdi-

„Die meisten unserer Leute werden leer ausgehen.“

Klaus-Dieter Weißenborn
Runder Tisch Rentengerechtigkeit

sche Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler, denen es ähnlich geht, sollen bedacht werden.

Vorgesehen ist eine pauschale Einmalzahlung von 2.500 Euro pro Person. Dort, wo sich auch die Länder an der noch zu gründenden Stiftung für den Fonds finanziell beteiligen, könnte die Summe verdoppelt werden, stellt der Bund in Aussicht. Allerdings: Profitieren von dem Fonds sollen nur Personen, deren Renten „in der Nähe der Grundsicherung“ liegen, wie es aus dem Bundesarbeitsministerium heißt.

Die 830-Euro-Schwelle

Was das heißt, präzisiert eine Sprecherin des Hauses von Hubertus Heil (SPD) auf MZ-Nachfrage: Demnach sind Leistungen aus dem Härtefallfonds auf Personen beschränkt, deren monatliche Rente zum 1. Januar vergangenen Jahres unter 830 Euro netto lag. Laut Ministerium geht es um bis zu 190.000 Menschen. Die Grundsicherung wiederum können Rentnerinnen und Rentner beantragen, deren Einkommen nicht zum Lebensunterhalt reicht. Als Faustregel nennt die Deutsche Rentenversicherung eine Grenze von 924 Euro pro Monat. Wer darunter liege, so die Empfehlung, solle prüfen, ob ihm Grundsicherung zusteht.

Weißenborn ist empört von der Regelung im Härtefallfonds: Mit der Marke von 830 Euro sei klar, „dass die meisten unserer Leute leer ausgehen werden. Die haben ja alle gearbeitet und eine Rente, die oft deutlich darüber liegt“.

Höchstens unter den geschiedenen Frauen, meint er, könnten vielleicht einige mehr in den Genuss einer Zahlung aus dem Fonds kommen – nämlich dann, wenn sie wegen der Erziehung von Kindern weniger gearbeitet hätten.

Damit kommt wieder Klaus-Dieter Weißenborns Rentenbescheid ins Spiel. Auch der Chemiker wird von dem Härtefallfonds nichts haben. Seine Rente liegt deutlich über der 830-Euro-Schwelle, aber unter der Durchschnittsrente in Sachsen-Anhalt, die das Statistische Landesamt unlängst mit 1.438 Euro angegeben hat – nach jahrzehntelanger Arbeit in leitender Position. Nach Chemiestudium und Promotion in Halle leitete der gebürtige Thüringer in den 70er Jahren in Buna die damals größte Forschungsabteilung – verantwortlich für 80 Leute, Ingenieure, Laborantinnen, Anlagenfahrer, Technikerinnen. Bis Ende der 90er Jahre

blieb er im Werk, zuletzt zuständig für Forschung und Projektmanagement im PVC-Bereich.

Als die Sparte 1998 verkauft wurde, war Schluss für Klaus-Dieter Weißenborn und viele seiner Kolleginnen und Kollegen. Für die Expo 2000 in Hannover managte er noch Projekte des Korrespondenzstandortes Sachsen-Anhalt, dann wechselte er in eine mit öffentlichen Mitteln finanzierte Arbeitsförderungs-gesellschaft. „Als solche Gesellschaften mit den Hartz-Gesetzen aufgelöst wurden, musste ich mit 63 Jahren vorzeitig in Rente gehen, mit einem Abschlag von mehr als zehn Prozent.“

Was ihm schon in der DDR auf die Füße fiel: Er war kein SED-Mitglied. „Anfangs, in den 70ern, war ich in einer niedrigeren Gehaltsklasse als andere Abteilungsleiter, weil ich der jüngste war“, erzählt er. „Später wurde mein Gehalt dann nicht erhöht, weil ich nicht in die Partei wollte.“

Weißenborn und sein „Runder Tisch“ fordern nicht nur eine Lösung für alle Betroffenen: „Die Grundsicherung darf keine Rolle spielen!“ Sie fordern auch deutlich mehr Geld für jede und jeden, nämlich 10.000 bis 20.000 Euro pro Person als Entschädigung für entgangene Zusatzversorgungs-zahlungen.

Das ist das Vier- bis Achtfache dessen, was der Bund über den Härtefallfonds auszahlen will. Ob die dort in Aussicht gestellten 2.500 Euro noch verdoppelt werden, hängt von einer finanziellen Beteiligung der Länder ab. Doch die haben noch viele Fragen. Matthias Schuppe nennt nur zwei: Rentenrecht sei Bundesrecht, sagt Sachsen-Anhalts Regierungssprecher, daher könnte es rechtliche Probleme geben, wenn die Länder mit ins Boot gingen. Schon die Übernahme von Kosten für andere DDR-Zusatzversorgungs-systeme, die mit der Einheit nicht gekappt worden waren, sei



Klaus-Dieter Weißenborn kämpft um mehr Rente für sich und tausende weitere Betroffene. FOTO: ANDREAS STEDTLER

Sonderrenten der DDR

Die DDR unterhielt insgesamt 27 Zusatzversorgungssysteme für einzelne Berufs- und Personengruppen, zum Beispiel aus dem Gesundheitswesen, der Polizei oder der Eisenbahn.

Wer darunter fiel, erwarb Anspruch auf eine Sonderrente. Mit der Wiedervereinigung wurden nicht alle Leistungen in die Gesetzliche Rentenversicherung überführt, einige wurden gekappt.

Nach Angaben des „Runden Tisches Rentengerechtigkeit“ sind davon 17 Gruppen betroffen, unter anderem ehemalige Reichsbahner und Naturwissenschaftler, Bergleute aus der Braunkohleveredlung, Leistungssportler, freischaffende bildende Künstler, Balletttänzer, Post-Bedienstete sowie das mittlere medizinische Personal, etwa Krankenschwestern. Auch Zusatzversorgungsansprüche in der DDR geschiedener Frauen wurden mit der Einheit kassiert.

Der „Runde Tisch Rentengerechtigkeit“ vertritt die Auffassung, dass die Ansprüche weiterhin bestehen und fordert daher seit Jahren Entschädigungszahlungen für entgangene Rentenleistungen.

» Mehr Informationen im Netz: www.rundertischrentengerechtigkeit.de

„eigentlich systemwidrig“. Sachsen-Anhalt gebe dafür weit über 400 Millionen Euro jährlich aus.

Als zweiten kritischen Punkt sieht das Land – ähnlich wie der „Runde Tisch Rentengerechtigkeit“ – den Kreis der Bezugsberechtigten für den Härtefallfonds. Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) will das Thema daher zunächst auf der Konferenz der Ost-Regierungschefs besprechen.

Es geht nicht nur um Geld

Weißenborn betont indes, es gehe ihnen nicht nur um Geld. „Es geht auch darum, unsere Lebensleistung anzuerkennen.“ Statt von einem Härtefall- spricht er denn auch lieber von einem Gerechtigkeitsfonds. Er ist realistisch: Nach dem Beschluss des Bundeskabinetts werde der Fonds in der jetzigen Form, also für relativ wenige Betroffene, wohl nicht mehr zu stoppen sein. Daher verlangt er eine weitergehende politische Lösung, die alle berücksichtige. Denn rechtlich, das steht für den Renten-Kämpfer aus Halle fest, „ist da nichts mehr zu holen“. Alle Klagen auf die Auszahlung der Zusatzrenten der betroffenen Gruppen seien in den vergangenen Jahren von Gerichten abgeschmettert worden.

„So wie es ist, darf es nicht bleiben“, sagt er. „So stellt man keine soziale Einheit her.“ Darum will Klaus-Dieter Weißenborn nun wieder mobilisieren. Er hat Briefe an die Politik geschrieben, will die Gewerkschaften als Verbündete. Den Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider, hat er um ein Gespräch gebeten, als der neulich Halle besuchte, von SPD-Genosse zu SPD-Genosse. „Auf eine Antwort warte ich noch.“

Was soll er auch sonst tun? „Wir alle sind zwischen 75 und 90 Jahren alt. Wir gehen nicht mehr auf die Straße. Wir kleben uns auch nirgends fest.“ Aber schweigen, das will Klaus-Dieter Weißenborn deswegen nicht.

HANDWERK

Noch ein Welterbe in Sachsen-Anhalt

Unesco würdigt jahrhundertealte Tradition der Flößerei.

VON ALEXANDER SCHIERHOLZ

HALLE/MZ - Die Lutherstätten, das Gartenreich, der Naumburger Dom, das Bauhaus, die Himmelscheibe, Quedlinburg mit seiner einzigartigen Fachwerk-Altstadt: Sachsen-Anhalt ist reich an Welterbe. Und jetzt noch reicher. Am Donnerstag hat die Unesco, die Kultur- und Wissenschaftsorganisation der Vereinten Nationen (UN), das jahrhundertealte Handwerk der Flößerei zum „Immateriellen Kulturerbe der Menschheit“ erklärt – auf Antrag von Deutschland, Österreich, Tschechien, Polen, Lettland und Spanien. Für Frank Thiel eine Genugtuung – und das Ergebnis jahrelanger Arbeit.

Thiel (70) hat in einer internationalen Arbeitsgruppe zur Nominierung mitgearbeitet – qua Amt. Der ehemalige Landtagsabgeordnete der Linken (2002 bis 2016) ist Vorsitzender der Internationalen Flößervereinigung mit Sitz in Magdeburg. Und Chef des Fördervereins „Elsterflößgraben“ im Burgenlandkreis. Dort setzen sich 34 Mitglieder dafür ein, ein altes Grabensystem zu reaktivieren, über das einst Bau- und Feuerholz vom sächsischen Vogtland bis nach Halle, Leipzig und in andere Orte geflößt wurden.

Am Donnerstag erreicht man Thiel in Rabat (Marokko), wo die Unesco derzeit tagt. Er sei „einfach nur glücklich“, erzählt er. Und betont: Die Einstufung der Flößerei als Kulturerbe der Menschheit sei eine große Anerkennung für all jene Ehrenamtlichen, die in vielen Flößerei-Vereinen weltweit die Kunst des Holztransportes auf dem Wasser und des Floßbaus bewahrten.

Gewürdigt wird mit der Unesco-Entscheidung eine in Vergessenheit geratene Handwerks-tradition. Über Jahrhunderte ermöglichte die Flößerei den Transport von Holz und anderen Gütern auf dem Wasserweg – sei es auf eigens gebauten Flößen oder in der Form, dass man Baumstämme und Holz-scheite auf dem Wasser ihrem Ziel entgegen treiben ließ. Erst als die Eisenbahn das Wasser als Transportmittel und die Kohle das



Flößer bei der Arbeit FOTO: STEDTLER

Holz als Brennstoff ablösen, war allmählich Schluss damit.

Mit der Anerkennung als Kulturerbe steht das Flößen in Deutschland nun in einer Reihe mit dem Genossenschafts- und dem Bauhüttenwesen, der Falknerei, dem Orgelbau, dem Blaudruck und dem modernen Tanz. Frank Thiel erwartet sich von der Entscheidung auch einen Schub für die Arbeit seines Elsterflößgraben-Vereins im Burgenlandkreis. „Ich hoffe, dass die Landesregierung endlich wahrnimmt, was wir hier machen“ – und dass sich das auch in Geld niederschlägt, das für die Reaktivierung des Grabensystems notwendig sei. Am Donnerstagsabend aber war erst einmal Zeit zum Feiern in Rabat.